

Begünstigungen jenseitig thunlichst entsprochen werde, indem jedoch eine vollständige Erwidierung für unerreichbar gehalten wird. Wenn nun hiernach die Deputation von einer diplomatischen Einschreitung nur in der zugesicherten Maße einen Erfolg sich zu versprechen vermag, so beantragt dieselbe: „es möge die geehrte Kammer ihre diesfällige Uebereinstimmung mit dem hohen Dekrete zu erkennen geben.“

Referent bemerkt hierzu: Die hohe Staatsregierung hat sich in Folge angestellter Erörterungen überzeugt, daß eine allgemeine Verhandlung bei der Verschiedenartigkeit der Abgabensysteme und der Grundsätze, die man dabei festhalten wird und muß, sehr große Schwierigkeiten darbieten würde, wenn man dabei auf vollständiger Gegenseitigkeit beharren wollte.

Präsident stellt die Frage: Ob man von Seiten der Kammer dem Gutachten der Deputation unter I. beitreten wolle? Wird einstimmig bejaht.

Der Referent trägt hierauf Punct II. des Deputations-Berichts vor, wie folgt:

Die zweite Paragraphe des Entwurfes bestimmte eine Ausnahme wegen ausländischer, von den betreffenden Verwaltungsbehörden für allgemeine Militärbedürfnisse erkaufte Gegenstände und in Betreff des Fleischbedarfs gewisser zu Verpflegung des Militärs eingerichteter Anstalten, wonach jene von dem Grenzzolle befreit und dieser der einzuführenden Schlachtsteuer nicht unterworfen, oder die Zurückerstattung der letzteren gewährt werden sollte. — Theils durch den inmittelst eingetretenen Anschluß an den Deutschen Zollverein; theils in Folge der Beratungen, bezüglich auf das Gesetz über Einführung der Schlachtsteuer — welche einen dahin gerichteten ständischen Antrag veranlaßten, daß auch die unmittelbar aus Staatskassen unterhaltenen Staatsanstalten eine ihnen bisher zugestandene Befreiung von der Fleischsteuer aufgeben und die neue Schlachtsteuer erlegen, wegen der erwachsenen Mehrausgabe aber eine verhältnismäßige Erhöhung des Etats in Anspruch nehmen sollten — wurde der Wegfall gedachter Paragraphe des Entwurfs bedingt. Den in eben gedachter Beziehung mittelst der ständischen Schrift vom 20. October 1834 ausgesprochenen allgemeinen Grundsätzen gemäß hat die Staatsregierung verfügt, daß, dafern Militärbedürfnisse, welche überhaupt nach ertheilter Zusicherung nur wegen besonderer Billigkeit oder mangelnder inländischer Produktion fremden Ursprungs sein sollen, eingeführt, dafür die Zollgefälle entrichtet würden, doch ist deren Betrag, so wie die für Militäranstalten erlegte Fleisch- und Schlachtsteuer während der gegenwärtigen Finanzperiode an das Militärdépartement restituirt worden. Weicht diese Modalität von den ständischen Ansichten noch ab, so wird doch zugleich in dem Dekrete die Zusicherung ertheilt, daß für die nächste Bewilligungszeit denselben vollkommen entsprochen werden soll. Die Deputation spricht sich dahin aus: „Daß bei dieser Zusicherung Bewilligung zu fassen sein dürfte.“

Da Niemand darüber zu sprechen wünscht, stellt der Präsident sofort die Frage: Ist die Kammer der Meinung, daß bei dieser Zusicherung Beruhigung zu fassen sein dürfte? Wird einstimmig bejaht.

Der Referent trägt darauf Punct III. des Deputations-Berichts vor, welcher im Wesentlichen Folgendes enthält:

Die §. 3. des erlassenen Gesetzes erklärt zwar: daß die dem Bergbaue in bergbefreiten Orten nach Maßgabe des Bergwerks-Dekretes vom 17. Mai 1624 aus dem Einkommen verschiedener Abgaben gewordenen Zuschüsse, so wie die demselben bis dahin

zugestandenen Abgabenbefreiungen aufhören; doch wird dagegen zugesagt, daß der Bergbau mittelst einer alljährlich auf das Budget gestellten Summe von 19,000 Thlrn. — auf entsprechende Weise unterstützt und das Interesse der früher bergbefreiten Orte dabei thunlichst berücksichtigt werden solle. — Im Allgemeinen haben die ständischen Anträge vollkommene Beachtung finden können, indem die wegen Wegfall der Land- und Franksteuerbefreiung ausgesetzten Aequivalentgelder nun wirklich zur Beförderung des Bergbaues gereichen, nicht aber der jener Befreiung ursprünglich angewiesenen Bestimmung entzogen und lediglich als eine Begünstigung angesehen werden, auf welche einige Ortschaften an sich ein Recht hätten. Damit aber diesen Ortschaften — im Sinne der bedingungsweise ihnen früher zugestandenen Vortheile — eine angemessene Berücksichtigung nicht versagt werde, ist mittelst der Verordnung vom 6. December 1834 zur §. 3. des Gesetzes eine Disposition getroffen worden, welcher die Kammer, wie die Deputation vorschlägt, ihre Bestimmung ertheilen möge.“

Abg. A t e n s t ä d t: Als Mitglied der 1. Deputation, welche von der 2. Deputation mit zugezogen worden ist, um sich über die Veränderungen zu erklären, welche bei der Redaktion des Gesetzes erfolgt sind, sehe ich mich genöthigt, eine Angabe zu berichtigen, welche im Deputations-Gutachten aufgenommen worden ist. Es heißt: „In der ständischen Schrift befindet sich ausdrücklich eine Hinweisung auf den im bezüglichen Bergwerks-Dekrete gemachten Vorbehalt des Mehrens, Minderns und der Aufhebung der gemachten Befreiungen, wonach dieses Reservat auch die an deren Stelle als Aequivalent getretene Summe betreffen würde. Nun ist zwar ein solcher Vorbehalt in der hierher gehörigen §. 3. des Gesetzes nicht ausgesprochen worden; inzwischen scheint es unzweifelhaft, daß, da ebendaselbst die 19,000 Thlr. als eine Budget-Bewilligung bezeichnet werden, und die Verfügung über deren Verwendung zum Besten des Bergbaues, so wie die Vertheilung der mit Hülfe derselben zu erzielenden Ausbeute unter die bergbefreiten Orte von dem Finanzministerium abhängig gemacht worden ist, folglich auch die jedesmalige ständische Bewilligung sich danach richten werde, ob deren Zweckmäßigkeit, bezüglich auf den Bergbaubetrieb, fernerweit sich rechtfertigen lasse.“ Es wird aber nachher gesagt, daß dieser Vorbehalt in der §. 3. des Gesetzes nicht ausgesprochen worden sei. Wäre die Angabe gegründet, so würde allerdings das Gesetz anders redigirt worden sein, als der ständische Antrag dies verlangt hätte. Es ist aber die §. 3. wörtlich so wiedergegeben worden, wie sie in der Schrift ausgesetzt worden war. Allerdings steht der Vorbehalt nicht ausdrücklich darin, allein in Folge der damaligen Verhandlungen war beantragt worden, daß die Worte noch hinzugesetzt werden sollen, nach Maßgabe des Bergwerks-Dekretes vom 16. Mai 1624. Durch diesen Zusatz wollte man eben bezeichnen, daß in jenes Dekret die Befreiungen und die nunmehr dieselbe repräsentirende Summe den bergbautreibenden Städten nur unter dem Vorbehalt des Mehrens oder Minderns, ganz oder zum Theil Aufhebens und mit der Bedingung, sich bergmännisch zu zeigen, zugebilligt worden. Da nun das Bergwerks-Dekret namentlich angezogen worden, so ist der Vorbehalt, wie die Stände ihn wollten, in dem Gesetz